

Antrag Nr. 23-F-63-0152

Grüne, SPD, Linke, Volt

Betreff:

Rainbow Refugees

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.11.2023 -

Antragstext:

Unter den derzeit nach Deutschland kommenden Geflüchteten sehen sich lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle Menschen (LSBTI) Diskriminierungen ausgesetzt. Viele haben bereits in ihren Heimatländern oder auf der Flucht Gewalt erfahren. Geflüchtete, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität diskriminiert werden, können sich an das Aktionsbündnis "Rainbow Refugees" wenden. Seit 2014 gibt es im Rathaus viermal im Jahr den Runden Tisch „LSBT*IQ-Lebensweisen“ - entstanden auf Initiative von Warmes Wiesbaden. Ein Ergebnis des am 08.08.23 stattgefundenen Runden Tisches war, dass von Problemen und Übergriffen auf LSBT*IQ Menschen in Gemeinschaftsunterkünften berichtet wurde. Homophobie und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind in Deutschland kein unbekanntes Phänomen. Es gab und gibt Ausgrenzungen und daraus resultierende, teilweise gewalttätige Übergriffe unabhängig von Flucht und Migration. In Gemeinschaftsunterkünften, in welchen viele einander unbekannte Menschen auf engem Raum mit den manchmal schwierigen räumlichen und sozialen Verhältnissen umgehen müssen, spitzt sich manch allgemeines Konfliktpotential aber mehr zu, als das in freiwillig gewählten Wohn- und Lebenssituationen zu erwarten ist. Diesen spezifischen Ausschnitt allgemeiner gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit möchten wir in diesem Antrag betrachten.

Ein weiteres Ergebnis des runden Tisches LGBT*IQ war, dass Asylsuchende, die bereits gegengeschlechtliche Hormone einnehmen, oft in den ersten Monaten nach Ankunft in Deutschland mit einer Versorgungslücke konfrontiert sind. Das wirkt sich negativ auf das psychische Befinden der Betroffenen aus.

2021 hat die inoffiziell unter dem Namen "Rainbow- Haus" geführte Unterkunft für queere Geflüchtete geschlossen. Die Bewohner hatten vor Ort einen guten Zugang zur LSBT spezifischen Flüchtlingsberatung der AIDS-Hilfe.

Antrag Nr. 23-F-63-0152
Grüne, SPD, Linke, Volt

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Gibt es in großen Unterkünften Konzepte zur Verhinderung von Queerfeindlichen Übergriffen?
2. Wodurch entsteht die Versorgungslücke in Bezug auf gegengeschlechtliche Hormone und welche Möglichkeit zur Behebung dieser gibt es?
3. Wie werden die Mitarbeitenden der Stadt, egal ob in den Unterkünften, beim Sozialdienst, Asyl oder auf anderen Stellen - für die Problematik sensibilisiert?
4. Der Magistrat wird gebeten, ein Gewaltschutzkonzept zur Prävention homofeindlicher oder transfeindlicher Angriffe zu erstellen und dem Ausschuss vorzustellen. Dabei sollte mit Nachbarkommunen und dort aktiven Netzwerken, wie beispielsweise den Rainbow Refugees, in den Austausch gegangen werden und die Ergebnisse in die Konzeption einfließen.

Wiesbaden, 29.11.2023

Karl Braun
Fachsprecher, B90/Grüne

Linda Marschall
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Nadine Ruf
Fachsprecherin, SPD

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin, SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender, Die Linke

Jasper Klos
Fraktionsreferent, Die Linke

Janine Maria Vinha
Fraktionsvorsitzende, Volt

Simone Winkelmann
Fraktionsreferentin, Volt